

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Für den Verleger: 20011.

**Bezugs-Gebühr** in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30.- M., vierteljährlich 90.- M.  
**Anzeigen-Preise.** Die 10spaltige 32 mm breite Zeile 7.- M., außerhalb Sachsens 8.- M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige 5.- M. und überhalb die Zeile 3.- M. Vorzugspolizeien 10.- M. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsausgabe 2.- M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Neppich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Königsdielen**  
14 Ringstraße  
Vornehmes Restaurant

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10  
Eis — Eisgetränke

**Koffer**  
Einfach  
Wasserschlösser 23

## Neue Regierungskrise in Sachsen.

### Die Kommunisten in der Opposition.

In der Donnerstag-Sitzung des sächsischen Landtages wurde das Kapitel 18 (Polizeiämter), mit Ausnahme des Kapitels Beiträge der sechs Großstädte mit 15 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Gegen den Polizeietat stimmten außer den bürgerlichen Abgeordneten die Kommunisten, so daß die beiden sozialistischen Regierungsparteien in der Minderheit blieben. Bekanntlich ist seinerzeit auch der Justiz-Etat abgelehnt worden. (Der Bericht über die Landtags-Sitzung befindet sich auf Seite 2.)

Wenige es bei der gegenwärtigen sächsischen Regierung nur ein klein wenig nach Vernunft und politischem Feingefühl, dann müßte sie sich sagen, daß nunmehr ihre Stunde unweigerlich gekommen wäre und daß sie auch nicht einen Augenblick länger auf dem Posten ausharren dürfte, den sie solange im Widerspruch mit den elementarsten Grundgesetzen der Demokratie und des Parlamentarismus innegehabt hat. Es gehen aber Gerüchte um, daß sie auch jetzt noch nicht die einzig mögliche Folgerung aus der gänzlich verfahrenen Lage ziehen, sondern weiter am Amte sitzen wollen, um den süßen Genuß der Macht bis zum allerletzten Tropfen auszukosten. In dem Zwecke, heißt es, wolle die Regierung erst noch die Abstimmung über den Gesamtetat abwarten, und selbst dann, wenn dieser abgelehnt werde, wolle sie noch nicht von der Bildfläche verschwinden, sondern es mit einer Umbildung der Regierung auf der Grundlage einer Koalition mit den bürgerlichen versuchen. Es ist für bürgerliche Begriffe schwer fasslich, wie eine solche ungläubliche Hartnäckigkeit beim Anklammern an die Regierungskrispe möglich sein kann. Freilich muß man bedenken, daß ja die ganze Lage der Regierung von Anfang an mit ihrer Abhängigkeit von den Kommunisten, ihrem ewigen Einberumpeln auf kommunistischen Krücken eine andauernde Verletzung der eigenen Würde voraussetzte, und es kann daher nicht wundernehmen, wenn jetzt auch der Abgang der Regierung sich nicht in Formen vollzieht, die von der bisher gewohnten Art des Verhaltens der

leitenden Männer abweichen. Hätten die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen gegenüber den Kommunisten auch nur noch das geringste bißchen Mark in den Knochen gehabt, so hätte sie zu den vier Forderungen — Amnestie, Verbot der Technischen Hochschule, Entmilitarisierung der Polizei und Heranziehung der Betriebssozialvereinigungen zur Gesetzgebung — ein glattes Nein sagen müssen. Statt dessen haben sie geflöhnt bis zum äußersten und sind den Kommunisten in den drei ersten Punkten weit entgegengekommen, während sie allein den letzten, der zwingenden Not der Verhältnisse gehorchend, nicht dem eigenen Erbe, ablehnen mußten. Wohlsten hat ihnen auch dieses letzte Opfer der eigenen Selbstlosigkeit nicht. Die Kommunisten haben den Polizeietat abgelehnt, und es hat sie sehr gleichgültig gelassen, daß deswegen in der mehrheitssozialistischen und der unabhängigen Presse bereits vorher in Vorauszucht, daß es so kommen werde, alle Register des Lornes über das „verräterische Spiel mit den Arbeiter-Interessen“ gezogen worden sind. Arbeiter-Interessen! Wie wird der Begriff in der Sprache der Partizipalität verdröhrt und verhandelt! Es preisen doch die Sprachen von den Dichtern, daß gerade die wahren Arbeiter-Interessen es sind, die bei der ganzen sozialistischen Macht- und Zweckpolitik unter den Schlitzen geraten.

Die Haltung der Bürgerlichen wurde von dem vorkonferenzmäßigen Abgeordneten Blüher dahin gekennzeichnet, daß sie das Kapitel über die Polizei nicht aus Begehrtheit gegen diese, sondern deshalb ablehnten, weil es das geeignete Instrument sei, um der gegenwärtigen Regierung zu zeigen, daß ihre Politik am Ende sei. Das ist die Wahrheit und ein Ende muß nun werden mit dem jetzigen unhaltbaren Zustand um jeden Preis. Treibt die Regierung freiwillig zurück und löst sich der Landtag auf, so ist das die einfache und natürlichste Lösung, die dem parlamentarischen Brauche entsprechen würde. Andernfalls gehe das Volksbegehren seinen Gang und Regierung und Landtag werden durch den Willen des Volkes gezwungen, das zu tun, was sie in Verletzung ihrer moralischen Pflicht und im Widerspruch mit dem Geiste des Parlamentarismus längst aus sich selbst heraus hätten tun müssen.

## Warum der Haag gewählt wurde.

Von Genua nach dem Haag, von der hochragenden Terrassenstadt am Ligurischen Meerbusen mit dem sprühenden südländischen Temperament und der Neigung zu Prunk und Glanz ihrer Bewohner nach der Hauptstadt des nordischen Nordlandes, in dem die Wundheiler mit ihrer bedächtigen und geruhamen Lebensauffassung regieren: der Gegenstand kann nicht größer sein. Dementprechend wird sich auch das ganze Drum und Dran der Konferenz gestalten. Im Haag soll — die holländische Presse hat darüber keinen Zweifel gelassen — ausschließlich gearbeitet werden, rein sachlich und, wenn man will, langweilig. Es geht nur um das russische Problem in seiner Dreiteilung: Schulden, Anerkennung und Sicherstellung des Privateigentums, an Rußland zu gewährenden Kredite, und darüber ist schon im Zusammenhang mit der Genuefer Konferenz so viel und so gründlich geredet und geschrieben worden, daß selbst der beweglichste Geist diesem abgestandenen Thema keine neue Seite mehr abgewinnen könnte. Höchstens wird man gespannt sein dürfen, wie sich die Russen verhalten, ob sie nicht endlich zu der Einsicht gelangen, daß sie in der Frage des Privateigentums doch etwas mehr Entgegenkommen als bisher zeigen müssen, wenn sie wollen, daß die Taschen der fremden Kapitalisten sich ihnen öffnen. Im übrigen aber dürften die zahlreich aus aller Herren Ländern versammelten Journalisten im Haag wohl ihre liebe Not haben, ihre Berichte so abzufassen, daß den Leser dabei nicht das Gähnen überkommt.

Das Interesse, das die am gestrigen Donnerstag mit der Vorkonferenz eröffnete Haager Versammlung bietet, gravitiert nach einer anderen Richtung, als der des Programms. Es vereinigt sich auf das politische Kulissenpiel, das gleich nach Genua im Hinblick auf die Haager Veranstaltung eingeleitet und sich so zugespielt hat, daß in dem Augenblick des Zusammentritts der Konferenz eine weitere Verschärfung des französisch-englischen Gegenstandes festgesetzt werden muß. Schon bei der Wahl des Konferenzortes nahmen die französischen Quertreiber ihren Aufzug und es lobt sich der Mühe, die Vorgänge, die dazu geführt haben, daß die europäischen Heilfürker jetzt im Haag tagen, bei dieser Gelegenheit einmal in geschlossener Zug Revue passieren zu lassen, nachdem sie bisher nur in vereinzelten Andeutungen in der Presse bekannt geworden und wohl kaum noch im Gedächtnis weiterer Kreise haften geblieben sind. Zuerst war es Lord George, der in Genua den Haag als nächsten Konferenzort mit anderen Vorschlägen zusammen ganz nebenbei in die Debatte warf. Sofort griffen nun die Franzosen den Haag heraus und setzten ihre ganze Energie und ihre ganze Nüchternheit auf dem Gebiete der Hintertreppenspolitik in Bewegung, um jede andere Möglichkeit bei der Wahl des Ortes auszuschließen. Dabei hatten sie alle Gegner Rußlands auf ihrer Seite, weil diese mit den Franzosen zusammen der Meinung waren, daß Holland den Russen so überlegen sei, daß es ihnen auch nicht einen kleinen Finger reichen werde. Das Verhalten der holländischen Delegation in Genua hatte diesen Eindruck verstärkt, da die niederländischen Vertreter im Gegensatz zu denen Englands, Italiens und der kleinen Entente nicht die geringste Miene machten, über ihren sachlichen Standpunkt gegenüber Rußland irgendetwas zu verhandeln, und da sie überdies nicht, wie die Abgeordneten der genannten drei Staaten, in persönliche Berührung mit den Sowjetdelegierten zu kommen suchten, sondern jedem Verkehr mit ihnen geflissentlich aus dem Wege gingen. Vergewissend versuchten die Journalisten wiederholt, von den Holländern herauszubekommen, auf welche Seite Holland sich schlagen, wie es sich Rußland gegenüber stellen wolle: die Züge der Ausgefragten blieben steinern und unbeweglich und so wurde denn in Genua schließlich allgemein geglaubt, die niederländische Regierung sei geschworene Gegnerin jedweder Abmachung, die auch nur entfernt wie eine tatsächliche oder rechtliche Anerkennung des Sowjetsystems aussehende könnte. Auf diese vermeintlich unbewegliche Antipathie der Holländer gegen die Sowjetisten bauten die Franzosen, als sie dem Haag ihre Stimme gaben und bei ihren Freunden mit Erfolg für die Wahl dieses Ortes warben. Sie kalkulierten dabei so, daß die ganze dem Russen feindliche Atmosphäre im Haag eine allgemein dem französischen Standpunkt entgegenkommende Stimmung erzeugen und den englischen Einfluß zurückdrängen werde, ebenso wie bei der Konferenz in Genua, auf der die Sympathien des fremden Gäste empfangenden italienischen Landes mit den Russen gingen, die entgegengesetzte Erscheinung zu beobachten war.

Die Russen, denen es ja an natürlicher Schlantheit nicht fehlt, merkten natürlich sofort, woher der Wind bei der stark aufgetragenen Begeisterung der Franzosen für den Haag wehte, und kränkten sich daher zunächst mit allen Kräften gegen die Wahl dieses Ortes. Sie machten allerlei Einwände, wiesen auf den Hochstand des holländischen Guldens und auf die Tatsache hin, daß selbst reiche Amerikaner Holland als das augenblicklich teuerste Land der Welt erklärt hätten, und bemängelten den weiten Weg, den man ihnen von Moskau nach dem Haag summe. Zwischen dem

## Die Eröffnung der Haager Vorkonferenz.

### Der holländische Außenminister Vorsitzender

Haag, 15. Juni. Anlässlich der heutigen Eröffnung der Haager Konferenz begrüßte der Minister des Aeußenen van Karnebeck die Teilnehmer im Namen der niederländischen Regierung mit einer Ansprache, in der er das Ziel der Konferenz in Erinnerung brachte. Die niederländische Regierung habe den Vorschlag angenommen, die in Genua nicht entschiedenen Probleme vorzubereiten. Sie sei der Meinung, daß es sehr vorteilhaft sein könnte, aufs neue zu versuchen, das Problem der Wiederaufrichtung Rußlands und des Wiederaufbaues des Friedens auf einer gemeinsamen Grundlage zu lösen. Die niederländische Regierung betrachte es als ihre Pflicht, sich ihrer Tradition getreu mit allen Mitteln in den Dienst dieser Sache zu stellen. Der Minister wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus den tiefgehenden Unterschieden in den Prinzipien und Methoden Sowjetrußlands und denen der Verwaltungen der übrigen Staaten ergeben, sowie darauf, daß das in Rußland herrschende System den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes zu hindern scheine. Nach der bedeutungsvollen Konferenz von Genua sei eine neue Periode eingetreten, in der es darauf ankomme, die grundlegenden Tatsachen zu sammeln und den Versuch zu machen, sie zu studieren und zu gliedern. Der Weg zur ruhigen Überlegung sei geöffnet. Der Minister schloß mit einem herzlichen Willkommen. Die Versammlung wählte darauf van Karnebeck einstimmig zum Vorsitzenden der Vorkonferenz.

### England gegen die Terrorisierung der Konferenz.

London, 15. Juni. In unterrichteten politischen Kreisen wird versichert, daß die Haager Konferenz nicht ohne positive Ergebnisse enden werde. England und die große Mehrzahl der teilnehmenden Staaten seien fest entschlossen, sich keine Terrorisierung von irgendwelcher Seite gelassen zu lassen. Die englische Regierung sei bereit, Opfer zu bringen, um den Wiederaufbau Europas zu beschleunigen, nicht aber, um die Sabotierung einer Friedenspolitik zu unterstützen. Lord George habe in Genua versprochen, dahin zu wirken, daß ein großer Teil der russischen Kriegsschulden annulliert werde.

### Schlichterin über die Haager Konferenz.

London, 15. Juni. Schlichterin erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter des „Manchester Guardian“, wenn man mit Unparteilichkeit an das russische Problem herantrete, so müsse man die Unmöglichkeit der in Genua vorgeschlagenen Lösung einsehen. Die Haager Konferenz müsse die russische Frage gründlich und ohne daß untersucht. Rußland wüßte, mit den übrigen Nationen zusammenzuwirken, halte jedoch sein neues System im Innern aufrecht. Die russischen Vertreter gingen nach dem Haag, um zu einem für beide Seiten

vorteilhaften Uebereinkommen zu gelangen. Es sei daher unerheblich mit dem Erfolg der Friedensbemühungen, wenn von Rußland die Zurückziehung des Memorandum gefordert werde, das seine Grundzüge enthalte. Eine solche Forderung vorzubringen, bedeute von vornherein, die neue Konferenz zum Scheitern zu verurteilen. Kein erfahrener Mann könne gegenwärtig an die Möglichkeit eines Sturzes der russischen Regierung glauben. Sie werde an der Macht bleiben. Die Leute, die den Frieden mit Rußland zum Scheitern brächten, hätten den Interessen der Massen bei allen Völkern den größten Schaden zu. Das russische Volk werde sein politisches und soziales System nicht aufgeben. Es hoffe jedoch, unter voller Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit mit den anderen Völkern beim Werke des Wiederaufbaus mitzuhelfen. Wenn der neue Versuch, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, keinen Erfolg habe, so werde die Verantwortung dafür nicht auf Rußland fallen. (W. T. V.)

## Lord George über das Zustandekommen des Rapallo-Vertrages.

### Die vorhergehenden Informationen.

London, 15. Juni. Im Unterhause richtete William Thorne an den Premierminister die Anfrage, ob Reichsminister Dr. Rathenau in Genua vor der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo drei Versuche gemacht habe, eine private Zusammenkunft mit Lord George zustande zu bringen und ob eine Zusammenkunft zustande gekommen sei, bevor Dr. Rathenau und die Russen den Vertrag von Rapallo unterzeichneten. Lord George antwortete, die Genuefer Konferenz sei am 10. April eröffnet und der Vertrag von Rapallo am 16. April unterzeichnet worden, und erklärte dann wörtlich: Ich habe Dr. Rathenau in den ersten Tagen der Woche wenige Minuten gesehen, und da ich den Sinn von zwei Mitteilungen, die mir durch Vermittlung eines meiner Privatsekretäre gemacht worden waren, wohl zu denken wußte, so sagte ich, ich würde mit Dr. Rathenau und dem Reichsfinanzler zusammenreffen, sobald die erste anstrengende Periode der Konferenzarbeit vorüber sei. Es wurde auch völlig klargemacht, daß keinerlei Fragen, die Deutschlands besonderes Interesse berührten, in Abwesenheit der deutschen Vertreter behandelt werden würden. Ich vermute nunmehr, ein Zusammenreffen mit dem Reichsfinanzler und Dr. Rathenau zu Ostern zustande zu bringen. Aber die Abwesenheit Dr. Rathenaus, der sich in Rapallo befand, verhinderte dies. Shirley Denn fragte, ob der Premierminister eine Information darüber erhalten hätte, daß das Abkommen vor Genua zustande gekommen sei. Lord George antwortete wörtlich: Ich hatte Informationen, daß derartige Verhandlungen in Berlin geführt worden waren und daß in Rapallo lediglich die letzten Studien zum Abluß gebracht werden würden. (W. T. V.)